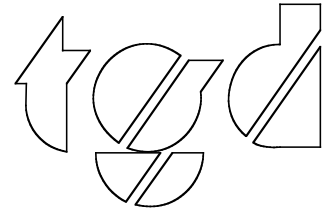


# TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND

## Almanya Türk Toplumunu

Bundesgeschäftsstelle / Genel Merkez  
Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin  
☎ 030-624 31 20 • Fax: 030-61 30 43 10  
<http://www.tgd.de> • Mail: [kenan.kolat@tgd.de](mailto:kenan.kolat@tgd.de)



Bankverbindung:  
Deutsche Bank Hamburg  
# 65 16710 • BLZ 200 700 00

**BUNDESVORSITZENDER**  
**GENEL BA\_KAN**

**Kenan Kolat**  
☎ 0177 260 31 49

### Presseerklärung

Berlin, 15.02.2007

### Thema: Verschärfungen im Ausländerrecht Will die Bundesregierung den Familiennachzug verhindern?

In einer ersten Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 8.2.2007 verurteilte die Türkische Gemeinde in Deutschland die Absicht der Bundesregierung, den Familiennachzug weiter zu verschärfen.

„Nachdem es anscheinend verfassungswidrig erschien, das Nachzugsalter von derzeit auf 21 Jahren zu erhöhen, ist dieses nunmehr auf 18 Jahre erhöht worden. Damit können wir leben. Die zwingende Voraussetzung, vor der Einreise einfache Deutschkenntnisse zu verlangen, ist verfassungswidrig“, sagte Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland.

Kolat: „Um nicht missverstanden zu werden, möchte ich betonen, dass Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, natürlich Deutsch lernen sollen. Hierzu gibt es die Verpflichtung nach dem Aufenthaltsgesetz in Deutschland, die sog. Integrationskurse zu besuchen. Dass die Deutsch-Kenntnisse **als Voraussetzung** für den Familiennachzug neu eingeführt werden soll, zeigt, dass diese Maßnahme die weitere Einschränkung des Familiennachzuges und damit die Verhöhnung der Grundrechte nach Art. 6 zielt.“

Kolat schlug vor, in das zu überarbeitende Gesetz anstatt Sanktionen und Verschärfungen, **fördernde Elemente, Anreize** aufzunehmen. So könne geregelt werden, bei einer **freiwilligen Teilnahme** an einem Deutsch-Kurs im Ausland die Verfestigung des Aufenthalts (hier die Erteilung der Niederlassungserlaubnis) nicht nach 5, sondern z.B. **nach 3 Jahren** und/oder der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht 7 oder 8 Jahren, sondern z.B. **nach 5 Jahren** zu ermöglichen.

Kenan Kolat kritisierte außerdem, dass die Bearbeitungsdauer der Anträge auf Familienzusammenführung in den letzten Monaten sehr stark zugenommen hätte. Kolat: „Früher dauerte die Bearbeitung 2-3 Monate, heute dauert es mehrere

Monate, bis zu einem Jahr! Praktisch wird durch die Hintertür eine Wartezeit eingeführt. Dies ist nicht hinzunehmen.“

Die Zahlen zum Familiennachzug zeigen den starken Rückgang bei der Familienzusammenführung.

Jahr	Ausl. Ehefrau	Ausl. Ehemann	Ausl. Ehefrau	Ausl. Ehemann	FZ von Kindern	Summe
	zu dt. Ehemann	zu dt. Ehefrau	zu ausl. Ehemann	zu ausl. Ehefrau	unter 18 Jahren	
2000	<b>1.374</b>	<b>2.505</b>	<b>8.120</b>	<b>4.841</b>	<b>4.625</b>	<b>21.447</b>
2001	<b>1.501</b>	<b>3.383</b>	<b>8.649</b>	<b>4.898</b>	<b>5.232</b>	<b>23.663</b>
2002	<b>1.999</b>	<b>4.247</b>	<b>8.335</b>	<b>4.849</b>	<b>5.638</b>	<b>25.068</b>
2003	<b>2.928</b>	<b>4.230</b>	<b>7.075</b>	<b>3.539</b>	<b>4.136</b>	<b>21.908</b>
2004	<b>2.217</b>	<b>4.226</b>	<b>5.741</b>	<b>2.619</b>	<b>2.740</b>	<b>17.543</b>
2005	<b>1.953</b>	<b>3.184</b>	<b>5.186</b>	<b>2.000</b>	<b>2.539</b>	<b>14.862</b>
2006*						<b>6.826</b>

Quelle: AUSWÄRTIGES  
AMT Referat 510  
BUNDESMINISTERIUM DES  
INNERN

\* bis September 2006

Die Begründung im Gesetzentwurf, die Einführung einer Altersbegrenzung und Erfordernis der Sprachkenntnisse seien für die Verhinderung der Zwangsheirat vorgesehen, sei nicht nur unglaubwürdig, sondern auch nicht wissenschaftlich belegbar. Kenan Kolat fragte die Bundesregierung, auf welche Erkenntnisse diese Annahme (bei z.B. **7.139 Frauen im Jahre 2005** – 1.953+5.186) fuße, wie viele Zwangsheiratsfälle festgestellt worden wären, in wie vielen diesen Fällen eine strafrechtliche Verfolgung bereits erfolgt sei.

Kenan Kolat: „Für die Bekämpfung der Zwangsheirat brauchen wir strafrechtliche Verfolgung und gesellschaftliche Aufklärung. Für beides steht die Türkische Gemeinde in Deutschland bereit, ihrerseits aktiv zu werden.“